

## Wir tragen gemeinsam Verantwortung für eine gute Zukunft unseres Landes

Ansprache von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL

Sehr geehrter Herr Präsident Walter, sehr geehrte Mitglieder des Präsidiums, nochmals herzlichen Glückwunsch zur Bestätigung im Amt! Herr Oberbürgermeister Schnurr! Ich begrüße die Landtagspräsidentin recht herzlich, die Fraktionsvorsitzenden, viele Vertreter aus dem Landtag, die Präsidenten des Städte- und des Gemeindetags, die hohen Beamten und Sie alle, meine Damen und Herren.

Es ist ja bei Teilen in der Politik zum Stilmittel geworden, zu lärmern und zu poltern. Da ist es doch angenehm, hier zu sein und Ihre Rede mit diesem Leitmotiv über den Zusammenhalt der

Gesellschaft zu hören. Das ist das, was wir brauchen in Zeiten, in denen viele genau das Gegenteil machen: immer etwas auszusuchen, wo man die Bevölkerung spalten kann. Da haben wir eine große Verantwortung. Ich darf Ihnen und den Landrätinnen und Landräten recht herzlich danken, aber auch den vielen Vertretern in den Kreistagen, Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, dass Sie an diesem Zusammenhalt jeden Tag arbeiten. Wir, das Land und die Kommunen, machen eben keinen Lärm. Wir machen unsere Arbeit.

Sie haben es gesagt: In einem wirklich großen finanziellen Kraftakt haben Land,

Kreise und Kommunen ein Paket von 1,6 Milliarden € geschnürt. Darin sind unter anderem enthalten: die schrittweise Erhöhung der Kindergartenförderung von heute 529 Millionen € auf über 1 Milliarde € im Jahre 2021, die – was auch sehr wichtig ist – Verstetigung der Erhöhung der Mittel für die kommunalen Straßen und den ÖPNV von 165 Millionen € auf 320 Millionen € – ich glaube nicht, dass man das so ohne Weiteres erwarten konnte –, die 268 Millionen € an freiwilligen Leistungen des Landes für die Anschlussunterbringung von geduldeten Flüchtlingen. Das ist ein großer Beitrag, mit dem wir die Stadt- und Landkreise unterstützen. Ich denke, das alles ist eine verlässliche Grundlage für die Zukunft.

Wo diese Mittel nur temporär oder vorläufig zur Verfügung gestellt werden, müssen Sie immer sehen: Zum einen müssen wir natürlich schauen, dass wir grundsätzliche Entscheidungen auch in die ordentlichen Haushalte bringen. Ich dränge beim Nachtragshaushalt immer darauf, dass da nur das unbedingt Notwendige gemacht wird, weil es sonst leicht zu Schieflagen kommen kann zwischen den Ressorts und den Aufgaben. Zweitens hängt es natürlich auch immer davon ab, dass wir vom Bund auch entsprechend verlässliche Zusagen



haben, die wir dann auch weitergeben können.

Ich denke, wir behandeln unsere Kreise und Kommunen in finanzieller Hinsicht – hoffentlich auch sonst – wirklich gut, im Bundesvergleich sogar sehr gut.

Herr Präsident Walter, Sie machen das immer sehr konkret und zählen die wunden Punkte auf. Aber ich kann darauf in der Regel nicht eingehen, sonst führen wir ja öffentliche Verhandlungen. Wohin das führt, haben wir bei der Piratenpartei gesehen: Da verschwindet man zum Schluss.

Das wollen wir natürlich nicht. Wir müssen die Verhandlungen schon dort führen, wo sie hingehören. Aber ich höre mir das sehr gut an. Es hat noch keine Landkreisversammlung gegeben, bei der ich nicht hinterher mit Ministern über wichtige Fragen noch mal gesprochen habe. Das will ich Ihnen schon zusagen, auch wenn ich jetzt nicht konkret auf das eingehen kann, was Sie im Einzelnen gesagt haben. Aber es ist notiert, und dem wird nachgegangen. Darauf können Sie sich verlassen.

Wenn wir den Finanzierungssaldo, die Verschuldung und die Einnahmen anschauen, sehen wir, dass die Kommunen und damit auch die Kreise in Baden-Württemberg hervorragend dastehen, nicht nur gegenüber anderen Bundesländern. Ich möchte mal wissen, welchen Kommunen es in der Welt so gut geht wie unseren. Darüber bin ich froh, denn starke Kommunen machen nun einmal den Charme dieses Landes aus. Wir statten sie im Grundsatz immer gut aus. Die Bayern sind da viel „phäber“ und machen viele Programme. Wir machen es Gott sei Dank umgekehrt. Denn ich kann ja nicht immer nach oben mornern, dass sie uns mit Programmen kujonieren, und dann mache ich im Land genau dasselbe. Da achten wir schon darauf, dass das einigermaßen ordentlich abläuft.

Die Lage in Baden-Württemberg ist gut: Wir sind in einer guten Verfassung, die Kommunen sind gut aufgestellt.

Wie ist die Lage in Deutschland? Sie haben es angesprochen, Herr Präsident: Wir haben mit dem aufkommenden starken Rechtspopulismus riesige Probleme. Vieles erscheint krisenhaft. Viele fragen sich: Ist die Demokratie den großen Herausforderungen gewachsen? Kann sich unser Modell der sozialen Marktwirtschaft behaupten gegenüber dem, was die IT-Giganten in den USA machen, was China als ein autoritäres Regime auf der anderen Seite macht? Das ist die große Herausforderung.

Demokratie muss zeigen, dass sie auch in ökonomischer Hinsicht in der Lage ist, diese Herausforderung zu stemmen und vorn zu bleiben. Darum geht es, und da schwingen viele Ängste im Hintergrund mit. Anders kann man sich ja gar nicht erklären, dass es im Land Baden-Württemberg die AfD aus dem Stand schafft, 15 % bei der letzten Landtagswahl zu holen, obwohl alle Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, jedenfalls alle wichtigen Daten, für die wir als Staat und Kommunen zuständig sind, gut sind.

Wir haben natürlich – das spüren alle – die Bedrohung des Freihandels. Der Frieden ist an vielen Stellen der Welt nicht vorhanden oder bedroht. Die Herausforderungen Klimawandel, Digitalisierung, Migration sind die großen Themen.

Wie Sie wissen, war ich zum zweiten Mal im Silicon Valley und in San Francisco, einerseits beim Klimagipfel, der sehr erfolgreich war. Es sind jetzt über 220 Regionen und große Städte, die da mitmachen. Sie repräsentieren 40 % des Welt-Bruttoinlandsprodukts, sind also eine sehr große Kraft. Ich will betonen: Die Leadership ging aus von Baden-Württemberg und Kalifornien. Kalifornien ist die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Das ist auch ein Signal, dass der Transformationsprozess der Wirtschaft in eine ökologische Richtung ein Wohlstandsversprechen enthält und dass wir damit die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten sichern, aber auch etwas gegen eine dramatische Änderung des Weltklimas tun. Wenn

wir die Erderwärmung nicht auf unter 2 Grad begrenzen, wird das dramatische Folgen für unsere Zivilisation haben; wir werden sie nicht wiedererkennen. Das Schlimme ist: Wenn die Kippunkte kommen – das Abschmelzen des Polareises, des Grönlandeisschildes, das Verschwinden des tropischen Regenwalds, das Auftauen der Permafrostböden –, ist diese Entwicklung nicht reversibel. Dann können wir hinterher machen, was wir wollen: Wir werden die Dinge nicht mehr in den Griff bekommen. Da geht es also um sehr viel. Deswegen müssen wir die Botschaft aussenden: Es ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch ökonomisch der richtige Weg, in diese Richtung zu gehen. Dafür war das ein starkes Signal.

Ich war, wie gesagt, zum zweiten Mal im Silicon Valley. Das ging auf den Rat meines Vorgängers Oettinger zurück, der gesagt hat: „Wenn du einmal wohin gehst, bist du ein Tourist. Wenn du zweimal dorthin gehst, wirst du ernst genommen.“

Wir müssen das, was dort passiert, sehr ernst nehmen. Das ist ein gigantisches Innovationscluster mit fünf Giganten, die mit einem riesigen Cashflow im Hintergrund enormes Potenzial haben, zu intervenieren, wo sie wollen. Die können jederzeit jede Firma kaufen, die ihnen gerade einfällt. Wenn man nun noch die ganze Start-up-Szene sieht, die sich dort tummelt mit einem riesigen Venture Capital, und das alles mit unseren Größenordnungen vergleicht, da denkt man gefühlsmäßig zunächst einmal: Jetzt kann ich mich ja gleich erschießen. Das ist schon teilweise sehr beängstigend. Da diese IT-Giganten ihr Portfolio beständig erweitern, kann das auch irgendwann die globale Marktwirtschaft gefährden. Da dürfen wir uns gar nichts vormachen.

Auf die großen Fragen, die sich da stellen, gibt es nur eine europäische Antwort. Da machen wir uns bitte überhaupt nichts vor. Ich empfehle Ihnen, einen Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen

Sonntagszeitung“ über das Satellitennavigationssystem Galileo zu lesen. Das ist genau die Blaupause, wie Europa agieren muss: sich in den großen Fragen zusammensetzen, auch gegen Widerstände und aggressive Kampagnen etwa der USA Geld in die Hand zu nehmen, um denen etwas entgegenzusetzen. Es ist für mich unabdingbar, dass wir z.B. eine europäische Batteriezellenfabrik benötigen. Sonst werden wir in diesem Transformationsprozess wichtige Grundlagen nicht haben. Das gilt für sehr viele Herausforderungen. Da müssen wir große Investitionen vornehmen. Das ist nur europäisch möglich. Das müssen wir auch im Europawahlkampf, der ja mit dem Kommunalwahlkampf zusammenfällt, zum Thema machen. Davon wird viel abhängen, wie wir uns zwischen diesen großen Mächten aufstellen. Ich will nochmals sagen: Kein Nationalstaat, auch keiner mit unserer Stärke, wird allein in der Lage sein, diese großen Herausforderungen, die da kommen, zu meistern.

Aber ich bin natürlich nicht nach Hause gefahren und in ein Waffengeschäft gegangen, um mich zu erschießen. Wir müssen auch sehen, wo unsere Stärken liegen. Wir dürfen uns da nicht einschüchtern lassen. Wir haben gewaltige Stärken. Das Internet der Dinge kommt; das ist in vollem Gang. Ich sage immer: Wir haben die Dinge. Wir haben eine Industrielandschaft, eine Firmenlandschaft, eine mittelständische Landschaft mit hervorragenden Unternehmen, Erfahrungen oft von über hundert Jahren. Es gibt eine solche Industrielandschaft, wie wir sie haben, nirgendwo sonst auf der Welt. Das müssen wir wissen. Wenn wir es schaffen, die IT-Welt an die Erfahrungen anzudocken, die unsere Unternehmen in unseren Kernbranchen haben, nämlich mit unglaublicher Qualität und Präzision im Hardwarebereich unterwegs zu sein – da kommt niemand an uns heran, sowohl was die großen Firmen wie Bosch, aber auch viele Mittelständler betrifft –, dann haben wir die



große Chance, dass wir beim Internet der Dinge in der Champions League spielen. Darauf setze ich.

Ich habe vor einigen Tagen nochmals mit dem VW-Chef gesprochen und mit vielen anderen. Es geht eigentlich um eine ganz einfache Frage. Ich stelle sie Ihnen am Beispiel der Automobilindustrie dar. Die einen versuchen wie Musk mit Tesla – ich sage es jetzt etwas salopp –, um IT das Blech herzumachen, also das Auto. Bei uns ist es umgekehrt: Wir haben die Autos, und jetzt versuchen wir, da IT hineinzubringen. Die Frage, wer hier der Sieger auf dem Platz sein wird, ist nicht entschieden. Einer hat mir gesagt: Fifty – fifty.

Ich ganz persönlich muss Ihnen allerdings sagen: Ich glaube, dass wir als Sieger vom Platz gehen werden. Davon bin ich fest überzeugt. Denn es ist – dafür habe ich ein gutes Gefühl – schwieriger, sozusagen die Maschine an die IT zu bringen als umgekehrt. Wir haben einmal in der Bildungspolitik darüber diskutiert: Es ist einfacher, dass ein Physiker auch ein Pädagoge wird, als dass einer, der Pädagoge ist, auch ein Physiker wird. Das ist einfach schwieriger.

Das ist hier ganz ähnlich. Glauben Sie mir, das ist nicht nur ein Gefühl, sondern ich habe inzwischen Dutzende und

Hunderte von Gesprächen geführt, wo ich die Überzeugung gewonnen habe, dass wir das schaffen. Wir müssen uns nur entsprechend aufstellen.

Wir hatten gestern wieder ein hervorragendes Treffen in Stuttgart, bei dem der Unternehmer Ulrich Dietz wichtige Leute zusammengebracht hat, um hier voranzukommen. Das Problem ist, dass wir den Mittelstand in der Breite dafür gewinnen müssen, dass er den Schritt aus seiner sicheren Hardwarewelt hinein in eine aus seiner Sicht unsichere Cloud wagt. Da ist dann die Cybersicherheit wichtig. Entscheidend für die Frage, ob wir das schaffen können, ist, ob wir dafür die Fachkräfte gewinnen können. Das ist die allergrößte Herausforderung. Wenn wir das schaffen, dann werden wir über unsere Industrie in die Champions League aufsteigen. Da geht es um die großen Datenmengen. Da werden die großen Schlachten der Zukunft geschlagen. Und zwar im B2B-Bereich – Unternehmer zu Unternehmer. Denn im Bereich Unternehmer zu Konsumenten sind die großen Plattformökonomien uns schon weit voraus.

Die Stärken stärken – das ist genau das Programm, das wir brauchen. Das macht die Landesregierung und macht vor allem meine Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut mit maximaler Energie. Wir waren die Ersten, die eine Digitalisierungsstrategie gemacht haben. Der erste Jahresbericht liegt vor. Wir investieren fünfmal so viel wie zu Beginn geplant, und das hat höchste Priorität. Die Prosperität unseres Landes wird davon abhängen, ob wir diesen Weg schaffen. Zu denken: „Uns geht es ja so gut und uns kann nichts passieren“ ist das Gefährlichste, was herumgeistert. Aber es haben, glaube ich, alle erkannt, dass wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen dürfen. Wir wissen, auch die Kohleregionen waren einmal die starken Lokomotiven Deutschlands, und heute zappeln sie immer noch an dem Strukturwandel herum. Deswegen müssen wir sehr aufpassen und alle Kräfte



bündeln, dass wir für diese Start-up-Kultur gute Rahmenbedingungen schaffen, damit dieser Transformationsprozess gelingt. Das wollen wir mit Ihnen, den Kommunen, machen.

Dieses Silicon Valley ist auch eine Blase. Sie müssen sich einmal vorstellen: Wer dort weniger als 120000 Dollar im Jahr verdient, ist arm. Der kann in dieser Region wirklich kein gutes Leben führen. Die ersten Abwanderungen finden schon statt. Da verdient ein Praktikant schon 6000 Dollar. Aber die Lebensbedingungen verschlechtern sich. Der Wohnungsmarkt ist vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Man braucht in einer Gesellschaft nun einmal auch Krankenschwestern, Grundschullehrer, Putzfrauen, Pflegekräfte, Bürgermeister und Landräte und nicht nur irgendwelche IT-Freaks, die da oben herumrennen und eine Blase bilden und alle sehr innovativ sind. Das funktioniert dort nicht mehr.

Es kommt auf eines ganz entscheidend an – da will ich Ihnen großen Mut machen: Wir müssen, wenn es jetzt um Einwanderung geht, den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinnen. Wir können mit diesen Gehältern nicht mithalten; das ist vollkommen ausgeschlossen. Aber was wir können, ist Lebensqualität zu bieten in unseren Städten

und Gemeinden. Die guten Leute, die wir schon angezogen haben, etwa im Cyber Valley, kommen deswegen zu uns, weil wir Lebensqualität bieten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beste Infrastrukturen, Vernetzung von öffentlichem Verkehr mit Individualverkehr, eine hohe Sicherheit. Das, was bei uns nur Helikoptereltern machen, nämlich ihre Kinder bis ins Klassenzimmer zu verfolgen, ist dort sozusagen der Standard. Da wagt gar niemand, seine Kids mit 15 Jahren allein auf eine Party gehen zu lassen. Unentwegt müssen die begleitet werden. Dann werden sie noch mit dem Smartphone überwacht, ob ihnen nichts passiert. Wer will denn eigentlich in so einer Welt leben?

Das ist unsere große Chance. In der ganzen sozialen Infrastruktur sind wir weit voraus. Wir müssen halt nicht, wenn wir eine schwere Krankheit haben, deren Behandlung teuer ist, unser Haus verkaufen. Das sind hervorragende Standards und diese zusammen mit unserer Industriekultur und unserer guten Lebenskultur in den Städten und den Landkreisen, das ist unser Pfund. Mit dem können wir wuchern, und mit dem werden wir auch die besten Kräfte gewinnen. Davon bin ich fest überzeugt.

Wir müssen uns so aufstellen, dass wir diese Dinge, die auf uns zukommen,

sichten, damit wir richtig darauf reagieren. Dazu brauchen wir neue Formate in der Politik. Diese Formate sind beim Strategiedialog Automobilwirtschaft in Gang gesetzt. Das, was jetzt der Bund macht, bestätigt mich darin: Das ist der richtige Weg. Dass wir alle Akteure in solch einem Bereich in einer langen Phase zusammenbringen und dass wir gemeinsam sichten: Was kommt auf uns zu? Wo muss der Staat, wo müssen die Kommunen reagieren bei diesem großen Transformationsprozess hin zur emissionsfreien Mobilität, zum autonomen Fahren, zu der Sharing Economy, also nutzen statt besitzen, und zu der Verbindung der Verkehrsträger untereinander. Das ist ein großer Transformationsprozess. Ich bekomme absolut positive Rückmeldungen von allen Akteuren, die da drin sind. Wir dürfen nicht immer in irgendwelchen Gipfeln nur den Problemen hinterherrennen und glauben, man könne da über Nacht etwas zusammenflicken. Das haut alles nicht richtig hin, ist nicht durchdacht und wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet.

Dieser Strategiedialog ist der richtige Weg. Er ist gut in Gang gekommen. Wir werden jetzt mit dem Kabinett ein zweites neues Format ins Leben rufen, nämlich das Forum Gesundheitswirtschaft Baden-Württemberg. Die Auftaktveranstaltung dazu hat schon stattgefunden. Ich muss Ihnen sagen: Allein aus der Auftaktveranstaltung habe ich schon so viele Hausaufgaben mitgenommen, dass ich mir überlege: Wie soll ich das mit der Verwaltung überhaupt hinbekommen? Denn – auch das haben wir im Silicon Valley bei vielen Start-ups gesehen – der Wandel auch im Gesundheitssektor ist dramatisch und schnell und wird vieles grundlegend verändern. Viele Landkreise, die Krankenhausträger sind, sind mittendrin in diesem Strukturwandel. Deswegen ist es wichtig, dass Sie dort präsent sind.

Ich will Ihnen die Themenblöcke des Forums Gesundheitswirtschaft nennen: Wissenschaft und Forschung – das res-

sortiert im MWK –, anwendungsorientierte Forschung; Entwicklung, Produktion und Vertrieb von innovativen Produkten und Dienstleistungen – das macht das Wirtschaftsministerium – sowie eine effiziente und qualitätsorientierte Struktur in der Gesundheitsversorgung; dafür ist das Sozialministerium zuständig. Wir müssen uns immer klar machen: Es gibt eine Million Erwerbstätige in diesem Bereich. Das wird von uns immer zu wenig wahrgenommen. Das ist ein wachsender Industriezweig in unserem Land.

Wir werden jetzt in Kürze für das Forum Gesundheitswirtschaft ebenfalls einen Kabinettsvorschlag machen und auf Sie zukommen. Ich bitte Sie, da engagiert mitzuarbeiten, damit wir rechtzeitig sehen: Was kommt auf uns zu, und wie müssen wir darauf reagieren? Auch das ist ein Gebot der Stunde, und auch da ist sehr viel im Gange.

Natürlich auch bei der Bildung. Darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Mit der Bildungsplattform „ella“ haben wir eine Bauchlandung erlebt. Aber ich meine, nur wer nichts tut, der macht keine Fehler. Wir müssen natürlich auch etwas riskieren, und da geht auch mal etwas schief. Jetzt ist klar: Wenn die Kultusministerin kein Vertrauen mehr in Iteos hat, dann hat es wenig Sinn, da einfach wie bisher weiterzumachen. Da müssen wir uns jetzt neu aufstellen.

Aber – jetzt komme ich auf das Thema zurück, das Sie erfreulicherweise angesprochen haben – wie macht man denn so etwas? Wir erinnern uns: Da wurden die 5 Wanka-Milliarden zur Digitalisierung der Bildungsinfrastruktur ins Schaufenster gestellt. Nun warten alle, denn sonst wird es ja förderschädlich, wenn man vorher aktiv wird. Dann kommt eine neue Regierung. Jetzt wird der Betrag auf 3,5 Milliarden € reduziert. Was ist bisher geschehen? – Nichts! Wir haben noch keinen einzigen Euro gesehen. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen. Das ist ein Paradebeispiel: Es werden irgendwelche Programme ins Schaufenster gestellt, dann warten alle, und dann soll man sich dafür noch die Prinzipien der bundesstaatlichen Ordnung aushöhlen lassen. Irgendwann kommen dann die 3,5 Milliarden € für 33 000 Schulen in der Bundesrepublik. Damit kann man gerade eine Klasse mit Tablets ausstatten. Für eine solche Summe wird dann verlangt, dass wir an die bundesstaatliche Ordnung gehen. Wenn dann das Programm vorbei ist, muss man die Ausstattung eh selber weiter bezahlen. Das ist immer dasselbe. Darum gibt es da eine ganz einfache, klare Antwort: Wir brauchen Steuermittel und keine Programmmittel.

Unsere Verfassung gibt in Art.106 ganz klar den Weg vor, dass Bund und Länder

und damit auch die Kommunen ihre Deckungsbeiträge fair aushandeln. Das steht genau so bei der Umsatzsteuer drin, und das wird einfach nicht mehr gemacht. Dass wir mehr Mittel brauchen, gibt der Bund ja zu; sonst würde er ja seine Programme nicht auflegen. Das zeigt, dass wir unterfinanziert sind. Und dass der Bund das Geld hat, gibt er auch zu; sonst könnte er diese Programme ja nicht mit Geld füllen. Also ist klar anerkannt: Wir brauchen mehr Mittel. Nur müssen wir sie anders generieren. Aushandeln – diesen Weg haben Sie beschrieben – ist der richtige Weg, und dahin müssen wir wieder zurückkehren.

Bei den Krisen, die wir überall haben und bei denen immer wieder einmal Separatismus in einer sehr ernsthaften Weise aufflackert, die bundesstaatliche Ordnung Schritt für Schritt auszuhöhlen – mir ist vollkommen schleierhaft, wie man überhaupt auf eine solche Idee in solchen Zeiten kommen kann.

Es ist doch klar: Die Unsicherheiten entstehen auch vielfach aus der Globalisierung und dem schnellen Wandel. Wie können sich Menschen in solch einer Welt der Globalisierung beheimaten? Da haben wir doch das Subsidiaritätsprinzip – wenn es dieses nicht gäbe, müssten wir es erfinden: indem wir von unten nach oben denken und nicht umgekehrt; indem wir entscheiden, was die untere Ebene tun kann. Das soll sie tun, und erst das, was sie nicht kann oder nicht gut kann, geben wir weiter nach oben: von den Kommunen an das Land, an den Bund, nach Europa. Aber ich glaube, wir sind eher in der Situation, zu entscheiden: Was müssen oder können wir nach unten geben? Was funktioniert dort besser? Diese Architektur richtig zu bestimmen ist ein Gebot der Stunde. Ich bin deswegen sehr dankbar, dass der Landkreistag die Landesregierung da unterstützt.

Die Kultusministerin war heute im „Morgenmagazin“ und hat das erläutert. Wir müssen gerade in diesen Zeiten



wieder eine Debatte führen: Was ist eigentlich eine gute politische Ordnung der Dinge? Wir dürfen nicht für irgendwelche Linsengerichte diese Ordnung unterminieren. Das darf nicht sein.

Aber den Trick sehen Sie jetzt. Erst wird das Programm für Digitalisierung der Schulen ins Schaufenster gestellt, und dann sagt man: Wenn jetzt der Kretschmann dagegen ist, dann seid ihr schuld, dass ihr kein Geld bekommt. Es ist immer dieselbe Masche, wie das eingefädelt wird, und darauf werden wir uns nicht einlassen. Das sage ich Ihnen in allem Ernst. Da werden wir ringen. Ich habe da immerhin mit Herrn Ministerpräsidenten Laschet aus Nordrhein-Westfalen einen guten Verbündeten. Da wird es noch zu harten Verhandlungen kommen.

Wir müssen natürlich auch selbst schauen, dass wir unsere Probleme gut bewältigen. Herr Präsident Walter, Sie haben zentral den Gesundheitsbereich, den Pflegebereich, angesprochen. Das sind große Herausforderungen, die die Menschen bewegen, ebenso wie die Fragen des ländlichen Raums. Von unserem Kabinettsausschuss Ländlicher Raum unter Federführung von Minister Hauk höre ich immer nur Gutes. Der arbeitet sehr konzentriert und zielorientiert. Ich will Ihnen als Landkreise sagen: Es macht den großen Charme Baden-Württembergs aus, dass wir nicht ein Zentrum haben, sondern viele. Dabei soll es bleiben, auch im Gesundheitswesen. Wir wollen nicht zum Schluss nur noch Krankenhäuser der Maximalversorgung in den großen Städten haben und sonst sieht es schlecht aus. Das ist überhaupt nicht unser Ziel. Wir wollen, dass auch auf dem Land die richtige, adäquate Versorgung herrscht. Allerdings muss man dabei immer den Patienten im Blick haben. Der muss hingehen; der entscheidet letztlich. Wir können keine Krankenhäuser erhalten, in denen die Menschen sich nicht operieren lassen. Das ergibt keinen Sinn. Wir sind dabei, Konzepte zu entwickeln, und

ich bitte Sie nochmals um eine engagierte Mitarbeit im Forum Gesundheitswirtschaft.

Das Thema Pflegekräfte nehme ich mit. Ich will es zum Schluss noch etwas anbinden an die Frage der Migration. Wir waren auch in Kanada, einem klassischen Einwanderungsland, und haben uns dort die Situation angeschaut. Ich will Folgendes grundsätzlich sagen: Es kommt darauf an, dass wir Humanität bewahren und Ordnung herstellen. Entscheidend ist, dass wir beides hinbekommen. Das heißt, dass wir zunächst einmal sortieren: Es gibt ein Flüchtlingsregime – das ist die Asylgesetzgebung –, und jetzt gibt es hoffentlich endlich auch ein Einwanderungsregime; das ist dann ein Einwanderungsgesetz. Erst wenn wir dieses haben – da haben wir lange mit einer Lebenslüge gelebt, obwohl wir schon ewig faktisch ein Einwanderungsland sind –, bringen wir Ordnung in die Debatten. Denn jeder weiß: Zurzeit läuft das alles über das Asylsystem. Aber der Großteil von denen, die da kommen, hat gar keinen Asylanspruch. Dann müssen wir sie zurückführen. Jeder weiß: Das ist eine schwierige Angelegenheit – aus vielen Gründen, die ich jetzt nicht vertiefen kann. Deswegen müssen wir diesen Druck vom Asylrecht nehmen, indem wir den Leuten eine Legalperspektive der Einwanderung bieten. Da geht es allerdings nach unserer Interessenlage, wen wir benötigen, wen wir integrieren können, wem wir eine Chance geben können.

Das muss auf drei Ebenen geschehen: Ganz oben steht der Kampf um die besten Köpfe wie bei der künstlichen Intelligenz. Dieser findet weltweit statt. Wer bekommt die guten Akademiker, die wirklich was draufhaben auf den Gebieten, auf denen wir sie benötigen? Dann kommt der Fachkräftesektor. Auch da haben wir Probleme bei unserer Demografie. Und natürlich auch in nicht- oder minderqualifizierten Sparten. Wir brauchen auch Menschen, die z.B. in Gasthäusern arbeiten. Das sind die drei

Gebiete, auf denen wir Perspektiven eröffnen müssen.

Dann bekommen wir hoffentlich mehr Ordnung in die Debatten. Denn zurzeit geht da alles wie Kraut und Rüben durcheinander, und es besteht schon keine Klarheit, wie man die Frage theoretisch angeht. Sie in der Praxis zu regeln ist dann noch schwieriger. Das wird wahrscheinlich auch nur leidlich funktionieren. Da mache ich mir nichts vor. Die Leute haben immer tolle Ideen, sind kreativ, wie sie eben doch irgendwie in ein Land kommen. Aber dass wir es in der Grundstruktur hinbekommen, davon wird sehr viel abhängen.

Dann brauchen wir für die vielen Altfälle, die wir haben, auch eine Übergangsregelung. Denn sonst entsteht das Gefühl bei den Leuten: Die schieben immer die Falschen ab. Das ist verheerend. Natürlich sind auch Tunichtgute dabei; ich nenne sie mal pauschal so. Ich habe gerade mit zwei Oberbürgermeistern darüber geredet. Wir müssen uns überlegen, wie wir dieses Problem handhaben können und diese Leute besser und schneller zurückführen können, aber auch, wie wir dafür sorgen können, dass nicht so eine kleine Minderheit von Migranten – sage ich jetzt mal – uns bei der Bevölkerung die ganze Suppe versalzt und Storys produziert, die dann jeder erzählt und wodurch dann eine Stimmung entsteht, die man gut verstehen kann, aber die höchst gefährlich ist. Für die allerschlimmsten Fälle gibt es eine Sonderkommission im Innenministerium: Mehrfachstraftäter, Gefährder und Ähnliche. Aber wir müssen uns auch bei der größten Kohorte überlegen, wie wir des Problems Herr werden, also da auch Klarheit und Härte des Rechtsstaats zeigen. Wir können es nicht dulden, wenn Regeln verletzt und übertreten werden, wenn z. B. Frauen belästigt werden. Das können wir nicht hinnehmen.

Andererseits muss auch klar sein: Denjenigen, die sich ordentlich verhalten, die sich einfügen in unser Rechtssystem, in unsere Kultur, die arbeiten, die Steuern



zahlen, müssen wir auch zeigen: Ihr seid willkommen. Das ist, glaube ich, der richtige Weg, den wir in Zukunft gehen müssen. Ein gutes Einwanderungsgesetz, aber auch ein humanes Asylgesetz ist dafür die Grundlage.

Nadia Murad, die zum Kontingent der jesidischen Flüchtlinge gehörte, hat jetzt den Friedensnobelpreis bekommen. Ich kann mich noch gut erinnern, meine Damen und Herren, wie wir auf einer Fraktionsklausur in Berlin eine Delegation von Jesiden gehabt haben. Die haben mir ein Fotobuch gezeigt, das ich nicht zu Ende anschauen konnte. Eine solche Brutalität, die diese Menschen erleben mussten, kann man sich nicht vorstellen. Das ist eine kleine Minderheit mit einer sehr alten Religion, der sie anhängen, und deswegen aufs Brutalste verfolgt werden. Nadia Murads sechs Brüder und ihre Mutter sind ermordet worden. Diese Frau hat sich aus dieser

Opferrolle herausbewegt und ist jetzt ein Gesicht ihres Volkes, kämpft wirklich unermüdlich in der ganzen Welt für Menschenrechte und gegen Terror, auch gegen den sexuellen Terror. Es berührt mich zutiefst, zu erleben, wie diese zierliche, eigentlich eher schüchterne Frau es geschafft hat, die Rolle des Opfers zu verlassen und zu kämpfen. Ich finde, solche Menschen sind ein großes Vorbild für uns alle. Dem Gebot der Menschlichkeit und der Nächstenliebe – die meisten von uns sind ja Christen – sind wir verpflichtet. Es tut einem gut, dass man in einem Land lebt, das solchen Menschen helfen kann.

Ich will allen nochmals danken, auch Ihnen in den Kommunen. Es werden immer zu Recht die vielen ehrenamtlichen Helfer gelobt. Aber ich will auch einmal die Hauptamtlichen loben. Auch diese haben wirklich sehr viel Engagement zeigen müssen, um damals diese

Krise zu bestehen. Wir haben sie, glaube ich, gut gemeistert. Nochmals herzlichen Dank an Sie alle.

Landräte sind nun einmal sehr selbstbewusst. Dieses gesunde Selbstbewusstsein ist gut, aber manchmal auch hart. Aber heute war es hier sehr kommod.

Wir sind natürlich auch in einer guten Situation: Die Steuerquellen sprudeln. Wir müssen allerdings aufpassen – es kommen auch wieder schlechtere Zeiten –, dass wir dann nicht alles, was wir jetzt machen, wieder einsammeln müssen. Es ist immer härter, jemandem etwas wieder zu nehmen, als es ihm erst gar nicht zu geben. Daran sollten wir uns erinnern. Wir müssen aufpassen, dass wir uns bei den strukturellen Ausgaben so aufstellen, dass wir die Schuldenbremse einhalten können. Wir können jetzt aber auch viele Dinge anpacken bei den harten Infrastrukturen: Glasfaser, Schienennetz, Straßen, aber auch bei den personellen Infrastrukturen, die wir brauchen, die Sie angesprochen haben: in der Bildung, in der Pflege, im Krankwesen.

Ich baue weiter auf eine gute Zusammenarbeit, habe mir auch Ihre kritischen Punkte aufmerksam angehört und aufgeschrieben. Ich freue mich, dass wir immer wieder in einem guten Gespräch sind. Es ist immer wieder erfreulich, bei den Kreisbesuchen zu erleben, was Sie konkret machen, sodass ich mir immer ein gutes Bild machen kann. Nochmals vielen herzlichen Dank an Sie, aber auch an die Ehrenamtlichen in den Kreistagen für die Arbeit, die Sie für das Land und seine Menschen leisten.

Danke schön.